

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auf einer Reise zu französischen Verwandten aber hatte früher der gleiche v. Wyß gesagt: „Es ist mir manchmal, als wäre ich ein Franzose, und doch fühle ich mich nicht so, sondern viel reicher; denn während ich überzeugt bin, hier (in Südfrankreich), wo ich überall wie ein Glied der Familie aufgenommen worden bin und mich gleich heimisch und wohl fühle, Vieles, ja das Meiste von diesem französischen Wesen, von den Interessen, der Denkungs- und Gesinnungsweise zu verstehen und zu fassen (Täuschung hiebei vorbehalten), so weiß ich doch daneben noch so viel anderes, Tieferes und Heimischeres im Schwabenlande — bis zur Ostsee — und vor allem zu Hause, daß ich mir oft wie ein Krösus erscheine, der die Schätze zweier Nationen erobert hat.“

Leiden und Glück des echten Schweizlers!

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Die Tden des März.

Mit der vor einigen Tagen erfolgten Zuteilung ihrer Departemente an die neuen Bundesräte ist der Gang der Geschhnisse, der aus dem Ergebnis des 11. März unmittelbar sich ergab, wohl abgeschlossen. Vor allem scheinen weitere Rücktritte aus dem Kreis der Bundesräte, zumindest einstweilen, nicht bevorzustehen. Übrigens harren in der kommenden Session des Parlamentes genügend wichtige, dringende Arbeiten, sodaß man in weiten Kreisen wünschen möchte, daß sich die Politik für einmal wieder mehr den naheliegenden praktischen Aufgaben zuwende, die dringend geregelt werden müssen, zumal das Grundsätzliche, in diesem Fall die staatspolitische Lösung der durch den 11. März gestellten Aufgabe, weder in Bezug auf die innere Aufnahme durch einen einheitlichen Volkswillen, geschweige denn in Bezug auf die äußere Gestaltung bereits jenen Zustand der Reife erreicht hat, der ein dauerhaftes Resultat verbürgen könnte. Mit staatspolitischem Flichtwerk aber, mit rasch erwogenen, vielleicht oft aus einer Augenblicksstimmung erwachsenen Lösungen, kann die „staatspolitische Krise“ des 11. März nicht wieder beseitigt werden; wir sind es unserer Vergangenheit schuldig, daß die dereinst gefundene Lösung, mag sie auch in einzelnen Punkten ausländischen Vorbildern entsprechen — soweit diese auch aus unserer Entwicklung zu rechtfertigen sind und sich bewährt haben — daß diese Lösung voll und ganz aus den Bedingungen unserer geschichtlichen Tradition erwachse und bis ins Innerste demokratisch sei. Vor allem wird sie berücksichtigen müssen, daß unser Land verfassungsmäßig kein Einheitsstaat ist, sondern die freie Vereinigung selbständiger Kantone, und es wäre vielleicht nicht vom Übel, wenn die kommende Revision in dieser Beziehung sogar — horribile dictu — in manchen Punkten bisher gefundene Lösungen einer Revision unterziehen wollte. Bis dahin aber wird, so oder so, noch eine lange Zeit verstreichen.

Und das ist gut so. Unser Volk, vorab die Landbevölkerung, wird überhastete Lösungen bachab schicken, dafür bürgt uns seine demokratische Bewährung — und man dürfte in Kreisen, die dem Konservatismus auf der politischen Straße nur ungern begegnen, vielleicht die Hilfestellung unseres im letzten Schluß konservativen Bauerntums dereinst nicht ungern annehmen. Eine Gefahr allerdings besteht

dringend und sie muß gebannt werden: die am 11. März in gewissen Gegenden, vor allem des Kanton Bern, festgestellte Verzweiflungsstimmung im Bauerntum, muß — und sei es in höchster Anstrengung — behoben werden und das Schweizer-volk wird den Mann dankbar begrüßen, der ihm endlich ein wirklich brauchbares Projekt für die landwirtschaftliche Entschuldung vorlegt. Natürlich kann es sich nicht darum handeln, daß gewissermaßen ein Stand dem andern geopfert werden müßte; die Volksgemeinschaft aber hat sich hier praktisch, zu erweisen und jeder wird Opfer bringen müssen. Es ist ein hohes Gut, das es zu retten gilt und man wird sich darüber nicht täuschen dürfen, daß nur die helfende Tat, nicht schöne Worte, dem Einfluß der freigeldlerischen und andern Demagogie eine Schranke setzen können. Hier liegt einstweilen das dringendste Problem.

Manchem ist der 11. März wie ein Wetterleuchten am staatspolitischen Himmel erschienen, wie der Vorbote eines Sturmes, der nun in unserem staatlichen Bau endgültig auskehren soll. Der Zustand, der sich für manchen in dem der Drucker-technik entliehenden Wort „Umbruch“ verkörpert, schien unmittelbar bevorstehend und jedem, der sich insgeheim als „Revolutionär“ fühlt, lachte das Herz. Die Erregung war allgemein und das Wort „Staatskrise“ die mildeste Bezeichnung, womit man die politische Lage charakterisierte. Inzwischen begannen aber zum Teil nie benutzte, teils längst vergessene Ventile der Demokratie zu spielen. Ein großer Teil der tatsächlich tiefgehenden Erregung konnte sich durch das Ventil der zwei Demissionen im Bundeshaus Raum schaffen, während die Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung einen noch weit erheblicheren Teil der aufgestapelten — und geschürten — Erregung absorbieren dürfte. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit, daß unser staatlicher Aufbau und die Verfassung selbst auch in außerordentlichen Zeiten ohne wesentliche funktionelle Störungen bestehen können und daß unsere Demokratie, wenn auch in mehr als einer Richtung mit Mängeln behaftet, immerhin nicht einen so abgrundtief schlechten Aufbau und Bestand aufweist, wie es mancher „Volksredner“ gerne haben möchte. Soweit im übrigen der Versuch der Rettung der dringendsten Bestimmungen des verworfenen Ordnungsgesetzes, nämlich die zum Schutz der Armee und gegen widerrechtliche Handlungen ausländischer Spitzel, unter Berücksichtigung der referendumspolitischen Lage unternommen werden konnte, ist dies durch die entsprechende Initiative geschehen.

Die Initiative auf Totalrevision der Bundesverfassung ist indessen nicht nur als eine Maßnahme zu begrüßen, durch die im Augenblick eine starke Spannung Erleichterung finden kann. Es ist wohl heute beinahe einmütige Überzeugung geworden, daß gewisse grundlegende Änderungen in unserem Staatswesen vorzunehmen sind. Dies beweist die Unterstützung, welche der Initiative nicht nur von konservativer, sondern ebenso von liberaler Seite zuteil geworden ist. In dieser gemeinsamen Überzeugung von der Notwendigkeit eines Umbaus ist indessen leider die Gemeinsamkeit einstweilen durchaus erschöpft. Weder über das Gebäude als solches, das erstellt werden soll, noch über seine wichtigsten Pfeiler besteht zur Zeit irgendwelche Einmütigkeit. Wenn man hingegen erwägt, daß beim normalen Gang des Verfahrens auf Totalrevision die darin vorgesehene Auflösung und Neuwahl der Bundesversammlung voraussichtlich ohnehin nicht vor dem normalen Ablauf der Legislaturperiode, also im Herbst 1935, erfolgen dürfte und daß das dannzumal neugewählte Parlament erst mit den eigentlichen Beratungen beginnen kann, so bleibt noch Zeit genug, die Einigung aller derer zu versuchen, die von der Notwendigkeit der Erneuerung überzeugt sind, dabei aber die elementarsten Bedingungen schweizerischer Existenz erkennen: Bejahung und Förderung der Landesverteidigung und Ablehnung jeder Diktatur, unter welchen Vorzeichen immer diese auch auftreten mag.

Die Initianten der Totalrevision sind mit großem Eifer und einer beträchtlichen Organisation ans Werk gegangen. Was aber im einzelnen dabei erreicht werden soll, dürfte ihnen selbst, zum Teil gemäß ausdrücklichem Eingeständnis, noch nicht völlig klar sein. Um so mehr aber darf die Bemerkung am Platze sein, daß es heute keiner Bewegung, auch nicht den Initianten, ansteht, gewissermaßen eine Monopolstellung bei der Behandlung dieser grundlegenden Frage, geschweige denn einen sogenannten Totalitätsanspruch, geltend zu machen. Dafür fehlen so ziemlich alle Voraussetzungen. Soll der Wurf gelingen, so muß eine überwiegende Mehrzahl des Volkes in Deutsch und Welsh zu einheitlichem Zielstreben gebracht werden — eine Aufgabe, welche die Revision immerhin etwas schwieriger erscheinen läßt, als manche ihrer Initianten wohl denken mochten. Dies wird nur möglich sein, wenn das ganze Problem ohne parteimäßige Engherzigkeit in freiem Austausch der Meinungen und in gerechter Würdigung der Stimmen aller jener, die es mit ihrem Lande gut meinen, angepackt wird.

J a n n v. S p r e c h e r.

Bewegung in der großen Politik.

Der französische Block. / Die Gegenspieler. / Allgemeine Bewegung in der großen Politik.

Im Nachkriegseuropa ist die beherrschende Tatsache die völlig unerschütterliche französische Vormachtsstellung auf dem europäischen Festlande. Diese beruht einmal auf der überragenden Bedeutung der französischen Armee, die unmittelbar nach dem Abschluß des Weltkrieges überhaupt einzig dastand und auch heute noch keinen ernsthaften Wettbewerb erlebt. Der zweite Pfeiler der französischen Vormacht ist das geschickt aufgebaute französische Bündnisnetz, das der französischen Macht in allen Ecken Europas völlig zuverlässige Stützpunkte geschaffen hat.

Beide Pfeiler von Frankreichs Macht sind längst von alter Tradition vorzeichnet, denn seit dem Beginn der Neuzeit, seit dem vollen Einsatz der französischen Ausdehnungspolitik zu Anfang des 16. Jahrhunderts hat sie die französische Staatskunst immer mit derselben Zielsicherheit und Zähigkeit verwertet. Solange im europäischen Südosten der Türke mächtig dastand, hat Frankreich ihn als mehr oder weniger offenen Bundesgenossen gegen den Feind an seiner Ostgrenze benützt, gegen das alte Deutsche Reich in seinen verschiedenen Bestandteilen. Daneben verwandte man auch die Ungarn, so weit dafür eine Möglichkeit bestand. Heute bilden die drei Staaten der Kleinen Entente hier im Südosten eine wichtige Stütze des französischen Machtsystems. Im Nordosten versah einst Polen den gleichen Dienst im Rücken Deutschlands, dann trat Rußland an dessen Stelle. Heute sehen wir hier wiederum Polen als zuverlässige Stütze Frankreichs. Eines aber blieb sich unabänderlich gleich: Frankreich verfügte stets über Bundesgenossen im Rücken seines Nachbarn im Osten!

Seit dem Ausgang des Weltkrieges erhielt Frankreich in den verschiedenen, hauptsächlich durch seinen Einfluß in der heutigen Größe zu Stande gekommenen neuen Staaten des europäischen Ostens und Südostens unbedingt zuverlässige Bundesgenossen. Während Frankreich selbst im Mutterland und dem eng verbundenen nordafrikanischen Besitz und ferner mit dem willenlosen Anhängsel Belgien über mehr als 60 Millionen Menschen verfügt, kommen dazu im französischen Vasallenring im Osten in Polen 30 Millionen und mit der Kleinen Entente über 40 Millionen. So ist in Europa ein festgefügtter französischer Block von über 130 Millionen Menschen zusammengekommen. Französische Militärmissionen in den verschiedenen Staaten, französischer wirtschaftlicher und finanzieller Einfluß und schließlich auch französische Kulturpropaganda sorgten dafür, daß die Bindungen in diesem Block stets weiter gefestigt wurden.

Der französische Block hat denn auch jahrelang reibungslos seine Schuldigkeit getan, nachdem er einmal durch die Ahnungslosigkeit der Amerikaner und durch die mangelnde Standfestigkeit der Engländer 1918/19 zu Stande gekommen war. Er hat dem Ansturm des Bolschewismus im Osten standgehalten. Er hat aber vor allem den alten Gegner Frankreich, natürlich Deutschland, eifern in der Zange gehalten und ihm jede Bewegung sozusagen unmöglich gemacht. Das französische Machtssystem hat den alten Hauptgegensatz der europäischen Politik, den deutsch-französischen, damit eindeutig entschieden und zwar in der Form eines gewaltsamen Niederhaltens von Deutschland. Nach der Annahme des Vertrages von Versailles schien es, als sei damit auf absehbare Zeit hinaus festgelegt, daß nun in Europa der französische Block Trumpf sei, daß nun der Wille Frankreichs in Europa Gesetz sei.

* * *

Nun ist jedoch keine politische Koalition und sei die noch so stark durch Tatsachen untermauert, auf die Dauer unverändert zu erhalten. Das hat auch der französische Block in Europa erfahren müssen. Dabei spielten einmal innere Schwächen mit, die bei einem Gebilde begreiflich sind, das in erster Linie durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Deutschland und überhaupt gegen die im Weltkrieg unterlegenen Staaten zusammengehalten wird. Der Haß ist ein fester Kitt, aber im französischen Machtssystem ist er doch etwas unregelmäßig verteilt. Gegen Deutschland sind es eigentlich nur die unmittelbaren Nachbarn, die darin völlig einig sind. Das Bindemittel der Staaten der Kleinen Entente bildet dagegen die Feindschaft mit Ungarn, teilweise auch gegen Bulgarien. Während aber gerade hier Rumänien und Südslawien durchaus gemeinsame Interessen haben, sagt ihnen heute die Feindschaft gegen Deutschland nicht mehr viel. Im Gegenteil, manche wirtschaftliche Erwägungen lassen es ihnen mehr an einem guten Verhältnis zu Deutschland gelegen sein. Dabei hat jeder dieser Oststaaten noch einen speziellen Todfeind, seine überragende Spezialgefahr, so Rumänien in Rußland, Südslawien in Italien. Aus alle dem ergeben sich Schwächen für den gesamten Block, die ihn zwar nicht aufzulösen vermögen, die aber doch den Gegenspielern manche Gelegenheit zum Eingreifen geben.

Unter diesen Gegenspielern ist natürlich in erster Linie zu nennen das Objekt der ganzen Aktion, Deutschland. Langsam hat sich dieses von der Vernichtung seiner politischen und wirtschaftlichen Macht 1918/19 erholt. Den Wendepunkt brachte hier der Ruhrkampf, der zwar wirtschaftlich den Tiefpunkt der ganzen Entwicklung bedeutete, politisch aber Frankreich den ersten großen und weitreichenden Rückschlag brachte. Der Versuch, über das 1919 Erlangte hinaus Deutschland noch weiter zu schwächen und vor allem die alten historischen Gegensätze zwischen dem deutschen Süden und Westen einerseits und dem Norden andererseits zur dauernden Sprengung der Reichseinheit zu benutzen, mißlang völlig. Es zeigte sich, daß die politische Entwicklung mit Gewalt nicht mehr in dem von Frankreich gewollten Sinne vorwärts zu treiben war. Die Folge dieser Erkenntnis war die schrittweise Preisgabe der französischen Stellungen im deutschen Westen, wobei heute der Kampf um die letzte Stellung, die an der Saar, geht. Dieses Ringen mit Frankreich hat so Deutschland einen Erfolg gebracht und ganz besonders zur Festigung des deutschen Nationalgefühls in ausnehmendem Maße beigetragen. Ja über die deutschen Grenzen hinaus hat dieser Kampf einen Widerhall gefunden; geistig knüpft so an diesen französischen Rückschlag im Kampf von staatlicher Macht gegen Volkstum das energische Ringen in Elsaß-Lothringen um die Behauptung der eigenen Art gegenüber dem französischen Zentralismus durchaus an. Frankreich hat dann aus dieser Lage seine Folgerungen gezogen und hat sich an seiner ganzen Ostgrenze hinter einem mehrfachen Gürtel durchlaufender moderner Befestigungen

verschanzt und sich so eine Sicherung geschaffen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Es hat auch damit nur eine alte Tradition wieder aufgenommen, denn schon vor 250 Jahren ist unter Ludwig XIV. durch den großen Festungsbaumeister Vauban ähnliches geschehen.

Damit ist zwar der unmittelbare französische Druck auf Deutschland etwas gelockert worden, aber es bleibt immer noch der Druck des gesamten französischen Blockes rings um Deutschland. Dagegen gibt es natürlich nur ein Mittel: die Bildung irgend eines Gegenblockes. Das ist zunächst von Deutschland aus in einem Zusammengehen mit Rußland versucht worden, das den Siegern im Weltkrieg ja insgesamt feindselig gegenüberstand. Dieses deutsch-russische Zusammenspiel hat zweifellos seine Früchte für beide Staaten getragen; es hat Deutschland eine ziemliche Rückendeckung gegeben und Rußland an seiner Westgrenze fühlbar entlastet. Ein ernstliches Hindernis bildete dabei immer, daß Rußland zwar diplomatisch mit Deutschland zusammenspielte, aber gleichzeitig ruhig seine Pläne zu einem innern Umsturz in Deutschland durch die dortigen Kommunisten weiter betrieb. Dies und dann die innere Schwäche des bolschewistischen Kolosses ließ diese durch ihre Masse eindrucksvolle Gruppierung nie recht zur Wirkung kommen.

Einen andern Gegenspieler gegen Frankreich fand Deutschland in Italien, das sich um die Früchte seiner Teilnahme am Weltkrieg betrogen glaubt und vor allem in Frankreich ein Hindernis zum eigenen Aufstieg sieht. So waren gewisse gemeinsame Gegensätze vorhanden, die die Grundlage für ein Zusammengehen bieten konnten. Aber Italien wollte zwar Frankreich unter Druck setzen, um etwas für sich herauszuholen, aber ernstlich mit ihm zusammenstoßen wollte es nicht. So ist hier immer nur ein ziemlich laues Verhältnis zu Stande gekommen.

Noch stärker gilt das von dem Zusammengehen Deutschlands mit dem letzten Gegenspieler Frankreichs, mit England. Selbstverständlich ist es England unangenehm, wenn eine Macht den ganzen europäischen Kontinent beherrscht, wie das Frankreich seit 1919 tut. Selbstverständlich sucht es deshalb, diesen Zustand langsam zu unterminieren und ihn wieder zu dem für England günstigen Gleichgewichtszustand in Europa umzugestalten. Dazu ist eine gewisse Stärkung Deutschlands durchaus notwendig und deshalb für England erstrebenswert. Aber die innern wirtschaftlichen Schwierigkeiten in England selbst, die unendlichen Schwierigkeiten im bunten Durcheinander des britischen Weltreiches und schließlich die mancherlei Gefahren, die diesem verwundbaren Gebilde in allen Ecken der Welt drohen, machen auch diesen Kolosß ziemlich aktionsunfähig. England hat deshalb sein Spiel auf dem europäischen Festland immer nur mit äußerster Vorsicht betrieben und hat es dabei nie zu einem Bruche mit Frankreich kommen lassen. Das war umso leichter, weil ohnehin in den maßgebenden Kreisen in London sehr starke französische Sympathien vorhanden waren. So hat denn Deutschland von England her auch nur eine laue und sehr bedingte Unterstützung erfahren. Es hat das vor allem in seiner Politik im Völkerbund erlebt, wo es eigentlich nur Enttäuschungen eingeheimst hat.

Das ganze Lager der Gegenspieler Frankreichs insgesamt mit all ihrer vorsichtigen Hilfslosigkeit bestätigt so nur noch einmal die Tatsache, daß der französische Block immer noch in Europa die entscheidende politische Macht bildet. Militärisch beherrscht er die Lage noch durchaus und auch wirtschaftlich ist er sehr stark. Unterhalb Jahrzehnte haben so zwar seinen Zusammenhalt etwas lockern, seine überragende Stellung etwas mindern können, ohne aber doch irgend eine entscheidende Wendung herbeizuführen.

* * *

In diese ganze Lage hat der Umschwung in Deutschland Leben und Bewegung hineingebracht. Zunächst hat er die Stellung Frankreichs wesentlich verstärkt. Die

ganze Welle deutschfeindlicher Agitation, die über die Welt hinweg ging, hat seinen Block wieder fester zusammengeschmiedet als je. Dann bot sich infolge der naturnotwendigen Entfremdung zwischen Deutschland und Rußland Gelegenheit, eine alte Liebe wieder aufzufrischen und mit dem Bundesgenossen des Weltkrieges wieder Fühlung zu nehmen. Beflossen wurden zwischen Paris und Moskau die Fäden gesponnen. Heute hat es den Anschein, daß Rußland an die Seite Frankreichs zu treten gewillt ist. Vielleicht werden wir dafür bald deutliche Zeichen erhalten, mit oder ohne Völkerbund. Es ist z. B. sehr wohl möglich, daß Rußland in absehbarer Zeit dem Völkerbund beitreten wird, sodaß dieser dann ganz ausgesprochen wieder zum französischen und antideutschen Instrument werden könnte, wie er das in den ersten Nachkriegsjahren war. Nur darf man allerdings heute die Macht nicht überschätzen, die Rußland in die europäische Wagschale legen kann. Es ist heute im fernen Osten von Japan so stark bedroht, daß es sich in Europa nirgends ernsthaft binden darf. Wird es im Westen irgendwie festgelegt, so wird totficher Japan diese Gelegenheit benutzen, um die russische Machtstellung im Osten zu erledigen. Das ist heute, wo schon Mittelasien in Frage steht, nicht mehr so ungefährlich wie zu den Zeiten des Streites um die Mandschurei. Heute betrifft der Streit mit Japan schon überhaupt die gesamte russische Machtstellung in Asien und damit zugleich seine Großmachtstellung.

Hat so Frankreich auf dieser Seite wohl nicht allzu viel gewonnen und Deutschland nicht allzu viel verloren, so ist immerhin hier in Osteuropa ein Wechsel der Fronten und Stellungen erfolgt. Bedeutsamer noch ist es wohl für Frankreich gewesen, daß zwischen Deutschland und Österreich ein scharfer Streit ausbrach. Damit schien die Möglichkeit heranzurücken, Deutschland überhaupt vom Südosten abzusperren und ihm jede Wirkungsmöglichkeit im Donauraum zu nehmen. Seit Jahren arbeitete Frankreich nach dieser Richtung, ausdauernd und ohne durch Rückschläge entmutigt zu werden. Jetzt schien die Verwirklichung des alten Plans nahe zu rücken. Nimmt man noch die stark deutschfeindliche Strömung in Amerika und andern Überseegebieten dazu, so begreift man, daß Frankreich trotz der eigenen Nöte mit der Entwicklung einigermaßen zufrieden sein konnte.

Da ereigneten sich Gegenstöße von verschiedenen Seiten, die nun plötzlich das altgewohnte Bild durcheinander zu rütteln drohten. Es kam zunächst die deutsch-polnische Einigung, die an Stelle einer Feindschaft bis aufs Messer vorläufig ein korrektes Nebeneinander gesetzt hat. Frankreich kann natürlich auf Polen trotzdem zählen und von einer deutsch-polnischen Freundschaft zu sprechen, wäre recht unvorsichtig. Aber ganz ruhig blieb man in Paris angesichts dieses überraschenden Vorstoßes nicht; den deutlichsten Beweis dafür bietet die Reise des französischen Außenministers nach Warschau! Man wird eben in Zukunft in Paris den Dingen im nahen Osten offenbar mehr Aufmerksamkeit schenken müssen als bisher.

Ernsthafter ist wohl für Paris die Entwicklung im Donauraum. Hier hat der schon lange gerade in Wien, Budapest u. s. w. rastlos tätige Mussolini plötzlich durchgegriffen. Für Italien handelt es sich im Donaugebiet darum, einmal seine wirtschaftliche Einflußzone merklich auszudehnen, dann aber hauptsächlich darum, die Umklammerung an seiner Ostgrenze unwirksam zu machen, die südslawische Gefahr zu beseitigen. Zwischen Italien und Südslawien besteht ja seit jeher eine offene und ehrliche Todfeindschaft. Seitdem Italien so viele südslawische Gebiete des alten Österreich an sich gerissen hat und seitdem umgekehrt Südslawien in Dalmatien festen Fuß gefaßt hat, ist die Spannung gewaltig geworden. Auf beiden Seiten wird auch alles getan, um sie ständig zu verschärfen. Wohl gab es auch hier einmal ein diplomatisches Zwischenspiel, als Mussolini mit Belgrad eine Art Freundschaftsvertrag schloß. Man hat seinerzeit davon viel Aufhebens gemacht, aber auch davon wie von so manchem außenpolitischen Schachzug ist nichts,

aber auch rein nichts übriggeblieben. Jetzt bemüht sich Italien vielmehr aus Leibeskraften, Südslawien zu umfassen, um es nötigenfalls rasch unschädlich machen zu können. In Venetien und im Küstenland wird von Italien gerüstet; mit Ungarn ist man seit langem einig, da dieses Südslawien ebenfalls bitter haßt. Dazwischen aber liegt Österreich, dessen man bis vor kurzem nur so weit sicher war, daß man von ihm wohl bei einer Verletzung seines Gebietes nicht allzu viel Widerstand zu erwarten hatte. So war denn seit langem in Italien alles vorbereitet, um im Fall der Not schlagartig Kärnten und Steiermark zu besetzen, um eine sichere Verbindung mit Ungarn zu gewinnen und so Südslawien auf drei Seiten zu umklammern. Nun ist es Mussolini gelungen, Österreich unter seiner Dollfuß- oder Heimwehrdiktatur offen und sicher an sich zu fesseln und damit einen kleinen italienischen Block an der Donau zu bilden. Hat dieser Block einigermaßen Bestand, so wird er sicher starke Wirkungen ausüben. Nun ist freilich diese Standfestigkeit nicht über alle Zweifel erhaben. Der schwächste Punkt liegt nach wie vor in Österreich, wo das jetzige Gewaltregiment gegen die Mehrheit der Bevölkerung ja nicht ewig dauern kann. Auch Ungarn könnte einen andern Kurs steuern, wenn dabei mehr herauszuholen wäre.

Einstweilen aber hat der italienische Block auch in dieser unvollkommenen Form erhebliche Rückwirkungen. Am empfindlichsten betroffen ist selbstverständlich Südslawien, das jetzt in schwerster Einkreisungsgefahr steht, gegen die in unmittelbarer Nähe keine Hilfe zu finden ist. In zweiter Linie steht die ganze Kleine Entente unter Druck und äußert sich auch dementsprechend. Neben Südslawien aber ist Deutschland der hauptsächlich Betroffene. Denn so gut wie Südslawien von Italien eingekreist werden soll, so gut soll auch der Anschluß Österreichs an Deutschland verhindert werden. Italien möchte Deutschland um keinen Preis am Brenner und in den Karawanken haben; das böse Gewissen wegen Südtirol spricht hier vernehmlich mit. Als italienischer Vasallenstaat aber ist Österreich recht brauchbar und bereits hat man denn auch in der italienischen Presse die schönsten Deklamationen über die Neubelebung des alten Imperium Romanum im Donaauraum lesen können. Bereits träumt man sich in die augusteischen und trajanischen Zeiten zurück. Nun, damit wird es noch gute Weile haben.

Inzwischen aber hat sich die deutsch-italienische Freundschaft fast bis zum Gefrierpunkt abgekühlt und Italien hat sogar schon in gegenteiliger Richtung beinahe den Siedepunkt erreicht. Dafür aber hat man in Berlin und Belgrad entdeckt, daß man sich eigentlich ganz gut versteht. Bereits wird eifrig in deutsch-südslawischer Freundschaft „gemacht“. Das aber bringt wieder Frankreich in Besorgnis um das Schicksal seiner Kleinen Entente und Herr Benesch muß sich demnach ebenfalls ins Zeug legen. So entsteht im ganzen Donaauraum und weit darum herum eine fieberhafte Regsamkeit.

Nimmt man noch dazu, daß sich aus dem fernen Osten das Gewicht der wachsenden japanischen Militär- und Wirtschaftsmacht auch in Europa immer stärker bemerkbar macht, so sieht man, daß jetzt tatsächlich in das fest verankerte politische System Europas mit dem französischen Block als Schwergewicht erhebliche Bewegung gekommen ist!

U a r a u, den 17. April 1934.

H e k t o r U m m a n n.

Ausbürgerung.

Vor einiger Zeit wurde das Problem der Ausbürgerung politisch mißliebiger Schweizer in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Obwohl der Gedanke für das schweizerische Rechts- und Staatsleben durchaus neu ist, wurde er ausnahmsweise nicht von der Erneuerungsbewegung aufgeworfen. Noch merkwürdiger ist der

Umstand, daß er ausgerechnet aus freisinnigen Kreisen stammt. Merkwürdig deshalb, weil die Unverlierbarkeit des Staatsbürgerrechts ein eminent liberales Prinzip darstellt. Der Freisinn hat denn auch dafür gekämpft, daß in die Bundesverfassung von 1848 ein Verbot aufgenommen wurde, wonach die Kantone keinen Bürger seines Bürgerrechtes verlustig erklären durften. Der Freisinn arbeitete in seiner guten Zeit mit Erfolg der Heimatlosigkeit entgegen, die sich zu einer Landplage ausgewachsen hatte. Er wies mit Stolz auf die von ihm geschaffenen Gesetze zur Einbürgerung Heimatloser und zur Verhinderung der Entstehung neuer Heimatloser hin (Art. 68 der Bundesverfassung von 1874, Bundesgesetz betreffend die Heimatlosigkeit vom 3. Dezember 1850). Er durfte auch mit Recht auf diesen Kampf und seinen Erfolg stolz sein. Die Unverlierbarkeit des Schweizerbürgerrechts ist eine Errungenschaft, die sich im Volksbewußtsein fest eingelebt hat und ohne die wir uns das schweizerische Staatsrecht nicht mehr denken können. Sie bildete auch bei manchem Schweizer, dessen Familie ein paar Generationen lang im Ausland weilte, das einzige und letzte, aber auch stärkste und unzerreißbare Band mit der angestammten Heimat. Und gerade der Krieg und die Nachkriegszeit haben gezeigt, daß dieses Band bei Manchem zum ultimum refugium wurde und ihn wieder ins Schweizerland zurückleitete.

Um den Grundsatz der Unverlierbarkeit des Schweizerbürgerrechts ist es seit den Verfassungskämpfen des letzten Jahrhunderts stille geworden. Er wurde uns zur Selbstverständlichkeit. Ob gut oder böse, der Schweizerbürger blieb immer Schweizerbürger. Auch als 1928 der Art. 44 der Bundesverfassung, welcher die Erteilung und den Verlust des Schweizerbürgerrechts regelt, zur Verhinderung der Überfremdung neu gefaßt wurde, dachte niemand daran, am Grundsatz der Unverlierbarkeit des Schweizerbürgerrechts zu rütteln.

Es ist eigenartig, daß eine Partei, die die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Redefreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit auf ihre Fahnen geschrieben hat, die Ausbürgerung von der politischen Gesinnung abhängig machen will. Zwischen diesen Freiheiten, für die die Liberalen des vergangenen Jahrhunderts ihr Herzblut vergossen haben, und dem heutigen freisinnigen Vorschlag besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz. Das neue Rezept stammt ja auch aus ausländischer, antiliberaler Küche. Daß der Freisinn diesen Gedanken überhaupt erwägt und zur Diskussion stellt, ist nur aus der heutigen Lage zu erklären, da das liberale Staatsschiff in allen Fugen kracht und vom Freisinn in der Not auch die heiligsten Grundsätze über Bord geworfen werden. Der Freisinn fürchtet die Erneuerungsbewegung, die ihn in seiner Existenz bedroht. In außergewöhnlichen Zeiten erwägt er deshalb auch außergewöhnliche Mittel und verleugnet seine eigenen Werke. Zur Niederhaltung einer Volksbewegung ist das Mittel der Ausbürgerung allerdings untauglich.

Die Ausbürgerung soll gegenüber „treuebrüchigen Eidgenossen“ erfolgen. Unter „Treubruch“ ist wohl der Treubruch gegenüber dem Vaterland, der Schweiz, zu verstehen. Dieser Gedanke hat im nationalsozialistischen Deutschland Gesetzesform erhalten und ist mehrfach zur Anwendung gekommen. Als treuebrüchig wurden diejenigen betrachtet, die nicht zu Vaterland und Volk stehen, also in erster Linie die Fürsprecher des politischen Internationalismus, wie er auch in der Schweiz von den marxistischen Parteien verkörpert wird. Bezeichnenderweise vertritt die tonangebende freisinnige Presse einen andern Standpunkt. Wer Tag für Tag und Jahr für Jahr gegen das Vaterland und seinen sinnfälligsten Ausdruck, die Armee, heßt und im Klassenkampf das Allheilmittel sieht, bricht nach der bisher vernommenen freisinnigen Auffassung die Treue nicht und bleibt des Schweizerbürgerrechts würdig. Wer aber in tiefer Liebe zu seinem Land und Volk dieser Zerfetzung Einhalt gebieten und die politische und wirtschaftliche Organisation der Schweiz den veränderten Zeitverhält-

nissen anpassen will, bricht die Treue und ist des Schweizerbürgerrechts nicht mehr würdig. Wenn die staatlichen Machthaber in der Schweiz vor 100 und 140 Jahren diese Maxime auf die damaligen Freisinnigen angewendet hätten, als diese für die Aufrichtung des liberalen Staates kämpften, so wären sie restlos ausgebürgert worden. Für den vaterländischen Teil der Bevölkerung ist es aber schmerzlich und bemühend, zu sehen, daß führende Schweizerblätter, die den Anspruch erheben, auch auf vaterländischem Boden zu stehen, die Maßnahme der Ausbürgerung ausdrücklich gegen nationalistische Kreise angewendet wissen wollen, während die Betätigung im Sinne der den Internationalismus verherrlichenden Parteien davon nicht berührt werden soll. Man weiß nicht recht, ob der Freisinn diese Forderung bloß in momentaner übergroßer und blindmachender Angst erhebt oder ob darin ein Abschwanken zu den Linksparteien zu erblicken ist, wie ein solches in letzter Zeit verschiedentlich behauptet wurde. Bezeichnend ist aber doch, daß Stimmen gegen eine solche einseitige Ausbürgerung aus freisinnigen Kreisen bisher nicht erschienen sind.

Carl Berthelau.

Hütet euch am Verbano!

Als vor einigen Jahren Italien seine wunderschöne Militärstraße auf den Giacomopaß durch Genietruppen bauen ließ, stellte es an die Schweiz das Ansinnen, diese Straße abzunehmen, d. h. in gleicher Weise weiter zu führen von der Grenze durch das Bedrettal nach Airolo hinab zur Förderung des Automobilverkehrs. Glücklicherweise hat man damals in der Schweiz eingesehen, um was es ging, und auch deutlich genug gemerkt, was für strategische Erwägungen Italiens hinter diesen Wünschen steckten. Wenige Jahre später schien man den Giacomopaß schon vergessen zu haben, als man einwilligte in den Bau der internationalen Gandriastraße, die Lugano auf kürzestem Wege mit Italien verbindet und damit die ohnehin schon bedenklich schlechte Lage Luganos noch verschlimmert. Und heute ist der Kanton Tessin bereit, ein Schildbürgerstücklein zu spielen, das zum eidgenössischen Aufsehen mahnt und hoffentlich noch vermieden werden kann. Vor zwei Jahren nämlich hat Italien eine schöne breite Autostraße gebaut am östlichen Ufer des Verbano, des sonnigen Langensees, bis zur Schweizergrenze. Damit nun die italienischen Automobilisten an der Grenze nicht umzukehren brauchen, richtete die italienische Regierung an die Eidgenossenschaft die höfliche Einladung, die Straße auf schweizerischem Gebiet weiter zu führen durch das Gamborogno bis in die Ebene von Magadino. Natürlich unter Betonung der beidseitigen Interessen und nur zur Förderung des Automobilverkehrs! Heute geht nämlich auf schweizerischer Seite eine Straße 2. Klasse vom oberen Seende nur bis Vira gegenüber Locarno. Von da bis zur Grenze führt lediglich ein elendes Sträßlein, das für den Automobilverkehr wenig anziehend ist. Des scheint sich nun der Tessiner Staatsrat zu schämen und ist deshalb gerne bereit, Italien den sehnlichen Wunsch zu erfüllen und die schweizerische Gamborognostraße zu bauen. Am 10. April genehmigte der Tessiner Staatsrat entsprechende Botschaft und Gesetzesentwurf. Darnach soll die Straße in einer Breite von 7 Meter und auf eine Länge von 13 Kilometern gebaut werden bei voraussichtlichen Kosten von 4 Millionen Franken.

Nun scheint dieser Straßenbau auf den ersten Blick unverfänglich und nur im Interesse des Verkehrs gelegen. Aber schon beim zweiten Blick erkennt man, daß es eigentlich für die Schweiz viel vorteilhafter ist, wenn sich der große Strom der Automobilisten ungeteilt über den Ceneri und Lugano wälzt und erst bei Chiasso die Schweiz verläßt, als wenn ein Teil dieses Verkehrs sich dem Langensee zuwendet und schon bei Dirinella den gastlichen Schweizerboden verläßt. Dann aber, und das ist das entscheidende, wird man nach den Erfahrungen am Giacomo mißtrauisch und besieht sich dieses Straßenprojekt auch vom militärischen Standpunkt aus.

Und nun ergibt sich eine merkwürdige Parallele zum Giacomo. An beiden Orten führt die Straße bis zur Grenze und sehr nahe an schweizerische Befestigungen, dort an Airolo, hier an Magadino und Monte Ceneri. Wie es eine schweizerische Giacomostraße motorisierten italienischen Truppen erlauben würde, überraschend einzufallen und handstreichartig die Werke von Airolo zu nehmen, bevor vielleicht nur ein Mann unserer Besatzung drin wäre, so wird auch eine schweizerische Gamborognostraße einen ähnlichen Handstreich motorisierter Truppen auf die Werke der Monte Ceneri-Gruppe und auf den Mobilmachungsplatz Bellinzona erlauben. Bevor unsere Talwehren nur aufgestanden sind, könnten die Werke schon in den Händen eines Gegners sein und Bellinzona wäre besetzt vor Beginn einer Mobilmachung des Tessiner Regiments.

Solche Erwägungen sind sicherlich nicht sehr angenehm, aber sie müssen gemacht werden angesichts des auffallenden Baus zahlreicher strategischer Straßen in Oberitalien und besonders in den Grenzgebieten gegen Frankreich, die Schweiz, Österreich und Jugoslawien. Die starke Häufung solcher Straßenbauten und die Bildung motorisierter Heereskörper im italienischen Heer wie verschiedene nur zu deutliche Stimmen in italienischen Militärzeitschriften beweisen jedem, der die Gefahr nicht einfach übersehen will, die rein militärische Bedeutung dieser Straßenbauten. In dieses strategische Straßenbauprogramm gehört nun zweifellos auch die Gamborognostraße, die sich der Kanton Tessin weiterzuführen anschickt. Wollen wir in einem allfälligen Konflikt den Kanton Tessin nicht zum vorneherein preisgeben, so gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder baut man mit der Straße zugleich auch unsere Befestigungen in Magadino aus, verstärkt sie erheblich und legt eine ständige Besatzung hinein, oder man verzichtet auf den Ausbau der Straße. Wenn der Kanton Tessin trotz der Gefahr die Straße bauen will, so erinnern sich hoffentlich die Bundesbehörden rechtzeitig an Artikel 23 der Verfassung, wo es im dritten Absatz heißt: „Die Bundesversammlung kann die Errichtung öffentlicher Werke untersagen, welche die militärischen Interessen der Eidgenossenschaft verletzen.“

Gottfried Zeugin.

Wunsch aus dem Leserkreis.

Da nun den Schweizer Monatsheften eine kleine Wandlung bevorsteht, melden sich auch die Wünsche zum neuen Kurs. Über die politische Seite der Hefte sei hier nichts gesagt, zumal da diese Seite ihres Programms schon mit hinreichender Deutlichkeit umschrieben worden ist. Es gibt daneben aber eine andere Seite, die kulturelle, und sie läßt noch mancherlei Wünschen freien Raum.

Es drängt sich zunächst die Überlegung auf, daß wir allen Grund haben, uns des Lebhaftesten mit kulturellen Fragen zu befassen, und zwar auf zwei Fronten. Den Blick gegen außen gerichtet, da nicht nur das politische und wirtschaftliche Leben bei uns einer zunehmenden Isolierung verfällt, sondern auch das kulturelle Leben. Hier müßte es gelten, in unabhängigem Urteil und auf bester schweizerischer Geistesstradition fußend kulturelle Erscheinungen auf weitesten Gebieten des modernen Lebens in zusammenfassenden Überblicken zu würdigen und zu ordnen. Nicht um einer jeden das Wort zu reden und zur Nachahmung aufzufordern; nicht um im Geiste der Selbstgerechtigkeit abzulehnen, was nicht bei uns gewachsen ist — sondern in der Absicht, die Verbindung mit anderen Kulturkreisen zu pflegen, ihren Erscheinungen aber auch mit gesundem Urteil gegenüberzutreten. Der Blick wäre sodann auch nach innen zu richten und unser eigenes kulturelles Leben einer furchtlosen Kritik zu unterziehen — bei der Unbedenklichkeit, mit der unser Volk jede internationale Modetorheit mitmacht, und bei der ausgesprochenen Haltlosigkeit, mit der breite Bevölkerungskreise allem verfallen, was Zerstreuung und Augenblicksgenuß heißt, eine besonders dringliche Aufgabe. Es wäre auch eine Aufgabe der

politischen Führung, da jede Staatsform so viel wert ist wie ihre Repräsentanten, und da die Demokratie, soll sie lebensfähig bleiben, ein Volk verlangt, das auch im kulturellen Leben sich zu beherrschen weiß.

Dies im Hinblick darauf, daß die Monatshefte schweizerisch sind und ihren Blick nicht nur auf die Politik, sondern auch auf die Kultur richten. Ein anderer Wunsch wird laut, wenn man die Tatsache ins Auge faßt, daß es sich um „Monatshefte“ handelt. Wohl dienen sie der Zeit — aber nicht dem Tage. Dies sollte in den Monatsheften dadurch zum Ausdruck kommen, daß sie auch die Erscheinungen des kulturellen Lebens in größeren Zusammenhängen und aus größerer Ruhe heraus würdigen, als es in einer Tageszeitung möglich ist. Ich meinte, daß z. B. die Einzelbesprechungen von Büchern durch Rezensenten, die manchmal nur ein- oder zweimal in einem Jahrgang vertreten sind, nach Möglichkeit zurückzudrängen wären, denn sie dienen weder dem Leser noch der Veröffentlichung, noch einer richtigen Pflege des geistigen Lebens. An ihre Stelle hätten zusammenfassende Referate über die Neuererscheinungen eines bestimmten Gebietes zu treten, sodaß man die einzelne Veröffentlichung in weiteren Zusammenhängen gewürdigt fände. Und es wäre nach Möglichkeit so einzurichten, daß bestimmten Mitarbeitern ihr Gebiet beständig zugewiesen bliebe, weil der Leser nur so den Referaten gegenüber eine sichere Haltung gewinnt und sie mit Interesse und zu seinem eigenen Vorteil verfolgen lernt. Solche für ein breiteres, kulturell interessiertes Publikum verfaßte Überblicke werden m. W. nirgendswo in einer schweizerischen periodischen Schrift systematisch gegeben — ich finde es in heutiger Zeit umso bedauerlicher, als gerade sie Gelegenheit böten, besten Schweizer Sinn, nüchterne Weltoffenheit auch auf kulturellem Gebiete zu pflegen und das Verständnis für die Erscheinungen der Zeit zu schulen.

Der dies schreibt, ist in der Herausgabe von Zeitschriften wenig erfahren und kennt vielleicht nicht alle Schwierigkeiten, die sich der Durchführung eines solchen Programmes entgegenstellen. Aber der Vorschlag scheint ihm doch den großen Vorteil zu bieten, daß er einen Versuch in geringem Umfang erlaubt und sich dann nach und nach auf einem breiteren Boden verwirklichen ließe. Ganz sicher ist das Eine, daß wir nicht leidenschaftlich genug daran gehen können, überall, wo es möglich ist, der geistigen Beherrschung des Lebens das Wort zu reden.

Carl Günther.

Bücher Rundschau

Dichtung und Musik.

Wilhelm Dilthey: Von deutscher Dichtung und Musik. Aus den Studien zur Geschichte des deutschen Geistes. Teubner, 1933.

Da hier nicht für den Fachmann, sondern für diejenigen berichtet werden soll, die sich zur deutschen Bildung bekennen, so mag auch einem an sich nicht Zuständigen vergönnt sein, über ein Buch von so allgemeiner Bedeutung wie das oben genannte einige Bemerkungen zu machen. Als wir vor vier Jahrzehnten in Berlin studierten, waren wir wie manche Landsleute, die nicht fürchteten, durch volle Hingabe am eigenen Wesen Schaden zu leiden, von den Vorlesungen des großen

Heinrich v. Treitschke am meisten angezogen. Theologische Studienfreunde erzählten etwa noch von ihrem Harnack, Kunsthistoriker von Hermann Grimm, aber von Wilhelm Dilthey hörte man nichts. Und inzwischen ist nun gerade er in das allgemeine Bewußtsein hineingewachsen, daß er zu den Großen deutscher Bildung gehört. Daß das nach der gewaltigen Umwälzung des letzten Jahres besonders der Fall ist, könnte den Einen oder Andern stutzig machen, weil ja jetzt mehr die Tat als der Gedanke gepflegt wird: nicht das Erforschen des menschlichen Geistes, sondern Heimstätten zu gründen, Menschen zu er-